

24-12-25

Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN: Heute die Armut von Morgen bekämpfen!

22.01.2021

RENTE UND ALTERSVORSORGE

Heute die Armut von Morgen bekämpfen!

Mainz.21.Januar 2021. Von der Rente in Würde leben können – dafür machen sich Hessens Kirchen und Gewerkschaften stark. Wie kann eine ausreichende Altersvorsorge nachhaltig und gerecht finanziert werden? Wie lässt sich Altersarmut vermeiden? Die evangelischen und katholischen Bischöfe und Kirchenleitungen in Hessen sowie der DGB Hessen-Thüringen sehen bei diesen Fragen politischen Handlungsbedarf. Das wurde beim Sozialpodium am 19.1.2021 im Fuldaer Bonifatiushaus deutlich. „Pfandflaschen sind kein Rentenkonzept“ war die Online-Veranstaltung überschrieben. Unter www.soziale-gerechtigkeit-hessen.de ist der Mitschnitt der Veranstaltung abrufbar.

Hofmann: Gesetzliche Rente muss für alle das Existenzminimum überschreiten

„Rentner*innen sind keine Bittsteller, sie sind Teil unserer Gesellschaft und haben ihren Beitrag zur Sorgeleistung erbracht“, sagte die Bischöfin von Kurhessen-Waldeck, Dr. Beate Hofmann. Eine würdige Altersversorgung dürfe sich nicht nur an eingezahlten Beiträgen orientieren, sie müsse auch die Lebensleistung wie Erziehungs- und Pflegezeiten sowie Zeiten für das Gemeinwohl berücksichtigen. Armutsbekämpfung sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, so Hofmann. Dem Trend der immer größer werdenden Altersarmut müsse man daher gemeinsam entgegenreten. Eine so reiche Gesellschaft wie unsere könne es sich nicht leisten, immer mehr Menschen in Armut und sozialer Ausgrenzung leben zu lassen, unterstrich die Bischöfin: „Daher braucht es eine gesetzliche Rente, die bedingungslos für alle das Existenzminimum übersteigt.“ Die Altersversorgung dürfe sich nicht weiter verschlechtern.

Gerber: Durch Bildung lässt sich künftige Altersarmut bekämpfen

Der Fuldaer Bischof Dr. Michael Gerber verwies auf Initiativen wie beispielsweise „youngcaritas“. Die Plattform sensibilisiere junge Menschen durch attraktive Projekte für die Herausforderungen von Menschen in prekären Lebenslagen. „Solche Maßnahmen fördern den Zusammenhalt der Gesellschaft und stärken die Akzeptanz, wo entsprechende Regelungen notwendig sind, um mehr ausgleichende Gerechtigkeit für ältere Menschen mit kleinen Renten zu erlangen.“ Auch mit Investitionen im Bildungsbereich lasse sich Altersarmut bekämpfen. „Die Schere droht weiter auseinander zu gehen. Das zeigt gerade Corona in der Unterschiedlichkeit, wie Schülerinnen und Schüler damit zurechtkommen. Es besteht die Gefahr, dass sich das in der Berufsbiografie und damit später im Rentenalter fortsetzt“, fürchtet Gerber. „Hier gilt es, jetzt und nachhaltig die Weichen zu stellen.“

Truger: Gesellschaftspolitik ist Ermöglichungspolitik

Prof. Dr. Achim Truger, Mitglied des Sachverständigenrat Wirtschaft denkt Wirtschafts- und Sozialpolitik aber auch Steuer- und Finanzpolitik zusammen. "Gesellschaftspolitik heißt für mich Ermöglichungspolitik und somit spürbarer Schutz und Verbesserungen im alltäglichen Leben der großen Mehrheit der Menschen. Es geht um die dauerhafte Sicherung staatlicher Handlungsfähigkeit, die Stärkung der sozialen Gerechtigkeit und die Förderung wirtschaftlicher Leistungspotenziale durch massive Zukunftsinvestitionen."

https://www.zgv.info/arbeit-soziales/artikel-einzelansicht?tx_web2pdf_pi1%5Bargument%5D=printPage&tx_web2pdf_pi1%5Bcontroller%5D=Pdf&cHash=3cff6946afafde6ba7093eba8fbc0608

Rudolph: Ein starker Sozialstaat braucht eine gerechtere Steuerlastverteilung

Der Vorsitzende des DGB Hessen-Thüringen, Michael Rudolph, ergänzte: „Aus schlechter Arbeit erwächst keine gute Rente!“ Wer Jahre lang erwerbstätig war, bekomme nicht automatisch eine Rente, die den Lebensstandard sichert. Niedrige Einkommen führen zu niedrigen Renten. Wichtig sei daher, prekäre Beschäftigung einzudämmen und den Mindestlohn zu erhöhen. Neben der Erwerbsarbeit gebe es aber noch weitere Armut verursachende bzw. verschärfende Faktoren, etwa Wohnraum, Infrastruktur und Nahversorgung. Hierzu haben Kirchen, Gewerkschaften und Sozialverbände im Rahmen des Bündnisses „Soziale Gerechtigkeit in Hessen“ zahlreiche Vorschläge formuliert. Im Mittelpunkt der Diskussion stand daher die Frage nach einer gerechten Finanzierung der für die Verhinderung von Altersarmut erforderlichen Maßnahmen. „Es braucht einen starken handlungsfähigen Sozialstaat, in dem starke Schultern mehr tragen als schwache. Dies wird ohne eine gerechtere Steuerlastverteilung, die zum Beispiel Privatvermögen und Erbschaften mit einbezieht, nicht möglich sein“, so Rudolph weiter.

Die Online-Veranstaltung wurde organisiert vom Arbeitskreis „Kirche & Gewerkschaft Hessen“, deren Mitglieder aktuell im „Bündnis soziale Gerechtigkeit in Hessen“ eine Aufklärungskampagne zu Altersarmut vollziehen.

Zum Hintergrund:

In Hessen sind laut Sozialbericht des Landes 17 Prozent der Rentnerinnen und Rentner von Armut bedroht. Zudem ist die Armutsgefährdungsquote von Rentnerinnen und Rentnern in diesem Bundesland in den letzten Jahren stark gestiegen - von 14,9 Prozent im Jahr 2018 auf 17,0 Prozent im Jahr 2019. Deutlich wird, dass zunehmend hier mehr Menschen von Altersarmut betroffen sind.

Ansprechpartnerin: Heike Miehe, Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN, Tel.: 06131/2874445, h.miehe@zgv.info
